

Der Vortrag von Peyman Javaher-Haghighi über Menschenrechtssituation im Iran vom 10.12.2008 in Hannover

Guten Morgen liebe Freundinnen und Freunde!

Heute möchte ich über die Menschenrechtsverletzungen im Iran sprechen, nehme aber dieses Land als ein Beispiel für viele Länder, in denen Menschenrechte massiv verletzt werden, von China bis Vietnam, von Saudi Arabien bis Israel aber auch in zahlreichen osteuropäischen und lateinamerikanischen Ländern.

Nach wie vor stehen Menschenrechtsverletzungen im Iran auf der Tagesordnung: Studenten, Schriftsteller und Journalisten werden verhaftet, zum Teil sogar ermordet, weil sie sich für die Rede- und Meinungsfreiheit, gegen die Zensur sowie für ein besseres Bildungssystem einsetzen. Frauen werden verprügelt, verhaftet oder gar gesteinigt, weil sie sich gegen Frauen diskriminierende Gesetze engagieren und ein Stück Privatsphäre für sich in Anspruch nehmen. Jugendliche werden schikaniert und in Gefängnissen gesteckt, weil sie schlicht und ergreifend freier leben wollen. Minderheiten wie Kurden, Türken oder Belutschen werden diversen Repressalien ausgesetzt, weil sie nach mehr Autonomie und kultureller Entfaltung streben. Arbeiter werden entlassen und verhaftet, weil sie für bessere Arbeitsbedingungen und unabhängige Gewerkschaften eintreten.

In den letzten drei Jahren, seit der Amtsübernahme von Herrn Ahmadinedschad, hat sich die Menschenrechtssituation noch verschlimmert. Ban Ki-moon, UN-Generalsekretär, drückte in seinem Bericht vom Oktober 2008 seine Sorge über die Anwendung von Folter, die *Häufung* von Todesurteilen und *vermehrte* Menschenrechtsverletzungen im Iran aus.

Laut dem UN-Menschenrechtsbeauftragten, Rupert Colville, wurden allein in diesem Jahr 220 Menschen im Iran hingerichtet. An einem einzigen Tag, nämlich am 27. Juli, wurden 29 Häftlinge im Teheraner Evin-Gefängnis erhängt. Ein Großteil dieser Hinrichtungen wurden öffentlich vollstreckt, um die Bevölkerung einzuschüchtern.

In diesem Moment, in dem wir miteinander sprechen, warten 130 Minderjährige auf die Vollstreckung ihrer Todesurteile. Außerdem bedroht zur Zeit mindestens neun Frauen und zwei Männer die Steinigung.

Steinigung ist ein äußerst brutaler Akt, der durch die Islamische Republik Iran praktiziert wird. Nach dem iranischen Gesetz dürfen die Steine, mit denen die Opfer getroffen werden, nicht zu groß sein, damit die Opfer nicht mit den ersten Seinen getötet werden. Sie dürfen aber auch nicht zu klein sein, damit die Opfer letztendlich doch sterben. Mit anderen Worten: das iranische Gesetz beabsichtigt einen qualvollen Tod der Opfer durch Steinigung.

Schließlich sollten wir nicht vergessen, dass Menschenrechte eine soziale und wirtschaftliche Dimension haben: Im Iran leben nach offiziellen Angaben ca. 10 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze. Viele Iraner sind so verzweifelt, dass sie ihre Niere für 2000 bis 3000 € verkaufen, um einige Monate überleben zu können. An- und Verkauf der Nieren werden durch staatliche Stellen, ganz legal, organisiert. Dies alles in einem reichen Land mit unglaublich vielen natürlichen Ressourcen und mit einem riesigen wirtschaftlichen Potential.

Was können wir aber hier zu Lande gegen die Menschenrechtsverletzungen im Iran tun? Dafür gibt es verschiedene Wege.

Als erstes sollten wir uns über die Menschenrechtssituation im Iran umfassend informieren, und zwar jenseits von Berichterstattung der hiesigen Massenmedien. Diesbezüglich veröffentlichen internationale Menschenrechtsorganisationen wie amnesty international oder Human Rights Watch regelmäßig Berichte über den Iran und andere Länder. Es gibt auch mehrere Webseiten der iranischen Menschenrechtsorganisationen und -vereine, die detaillierte Angaben über die Menschenrechtssituation im Iran machen. Abgesehen von

solchen Berichten, kann man aber auch mit Iranerinnen und Iranern im Exil kontaktieren und sie nach ihren Erlebnissen und ihrem Migrationsgrund fragen.

Als zweites sollte man die deutsche Außenpolitik bezüglich des Iran kritisch überprüfen. Bedauerlicherweise stellen die Menschenrechte für die deutsche Iranpolitik keine Priorität dar. Unter der konservativ-liberalen Koalition in den 80er und 90er Jahren wurde die Politik des sogenannten „kritischen Dialogs“ mit der Islamischen Republik Iran betrieben. Diese Politik konnte keinerlei zur Einhaltung der Menschenrechte beitragen, nicht zuletzt weil es sich viel mehr um „Dialog“ als „Kritik“ handelte.

In den 80er Jahren gab es zwei Massenhinrichtungen im Iran. Jedes Mal wurden mehrere Tausend politische Gefangene ermordet. Europäische Staaten, darunter die Bundesrepublik, unternahmen nichts gegen die Hinrichtungswellen. Symptomatisch für diese Zeit ist die folgende Anekdote:

Im Dezember 1988 sagte der damalige iranische Außenminister, Ali Akbar Welayati, in einer Pressekonferenz und in Anwesenheit vom früheren deutschen Außenminister, Hans-Dietrich Genscher, über die Massenhinrichtungen: „Im Iran haben wir ein jährliches Bevölkerungswachstum von vier Prozent, da können wir uns die Hinrichtungen problemlos leisten.“ Und der deutsche Außenminister schwieg!

Auch unter der rot-grünen Koalition wurden Menschenrechte im Iran nicht groß geschrieben. Zunächst pflegte man ein Zeitlang die Illusion, nach der der neue Präsident Khatami den Iran in Richtung einer „islamischen Demokratie“ reformieren würde. Heute wissen wir, wie absurd diese Vorstellung war. Und seit 2003 überschattet das iranische Atomprogramm alle anderen Themen. Kaum wird es aber thematisiert, dass das iranische Regime unter dem Vorwand des Atomprogramms seine Opposition noch brutaler unter Druck setzt.

Also jede Bürgerin und jeder Bürger sollte sich fragen, was kann sie oder er auf der kommunalen-, Landes- und Bundesebene leisten, damit die deutsche Iranpolitik korrigiert wird.

Als drittes ist es zu bemerken, dass die iranische Bevölkerung sich für ihre Rechte einsetzt und eine internationale Solidarität *verdient*. Diese Solidarität engt den Spielraum der Islamischen Republik zugunsten der iranischen Bevölkerung ein. In zahlreichen Fällen, die international bekannt wurden, gab das Regime nach. Ich nenne nur ein aktuelles Beispiel: vor kurzem wurden zwei Todesurteile gegen Minderjährige nach Protesten im In- und Ausland in Freiheitsstrafen umgewandelt.

Für die internationale Solidarität mit der iranischen Bevölkerung gibt es verschiedene Möglichkeiten: Das Engagement in den Menschenrechtsorganisationen, die Teilnahme an den Aktionen gegen die Menschenrechtsverletzungen im Iran, die Verfassung von Protestschreiben gegen konkrete menschenrechtswidrige Maßnahmen der Islamischen Republik Iran sind nur einige Möglichkeiten.

Also es steht uns eine Palette von Möglichkeiten zur Verfügung, um etwas gegen die Menschenrechtsverletzungen im Iran zu unternehmen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Zur Person:

Dr. Peyman Javaher-Haghighi analysiert seit Jahren die Entwicklung der iranischen Gesellschaft. Er ist Lehrbeauftragter im Fachbereich Sozialwissenschaften an der Universität Hildesheim. Sein Fachgebiet: Internationale Beziehungen insbesondere die Region des Nahen und Mittleren Ostens. Sein neues Buch: „Iran, Mythos und Realität – Staat und Gesellschaft jenseits von westlichen Sensationsberichten“, Münster 2008.